Nr. 46 XXVIII. Jahrgang — Dienstag, 17. Februar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 3 28, 13 6 38, 13 8 37, 17 1 38. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundzeile, 22 mm breit, M. 1,20, für das Ausland M. 2.—. Reklamezeile, 61 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4,50, für das Ausland M. 8.—. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Auf alle Grundpreise 10 v. H. Zuschlag. Briefgebühr 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2,75, vierteljährlich M. 8,25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2,75, vierteljährlich M. 8,25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1,40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Die Aussichten in Oberschlesien

Von unserm nach Oberschlesien entsandten Sonderberichterstatter

Oppeln, 13. Februar

Im gesamten deutschen Osten, in dem deutsch-polnische Gegensätze herrschen und in dem das Polentum die Deutschen und den deutschen Gedanken zu verdrängen sucht, steht — der vielgepriesenen Religionsfreiheit zum Hohn — die kirchlich-religiöse Bewegung im Vordergrund. Wie die polnische Propaganda in Ostpreußen die größten Anstrengungen macht, durch Einsetzen des Warschauer protestantischen Superintendenten Bursche die Sympathien und dadurch Stimmen der zu 90 Prozent evangelischen Masuren für sich zu gewinnen, so wird im katholischen Oberschlesien der polnische Katholizismus ins Vordertreffen des politischen Kampfes geschickt. Es ist bekannt, daß bereits zu Friedenszeiten großpolnische Ideen, besonders durch gewisse klerikale Kreise, in Oberschlesien eingebürgert wurden. Zu einer Popularisierung gelangten sie erst nach dem Ausbruch der Revolution und dem deutschen Zusammenbruch. Was vorerst schüchtern hier und da geglimmt, wurde nun mit Warschauer Geldern und polnischem Elan zu lebendiger Glut entfacht. Die Leiter der großpolnischen Agitation in der Warschauer Zentrale wußten, daß bei der überwiegend katholischen Bevölkerung Oberschlesiens und bei der nicht immer ganz zuverlässigen nationalen Haltung des Zentrums in einer auf dem Wege über die Religion verbreiteten und durch die Vertreter der Kirche unterstützten Propaganda Erfolge blühen müßten. Sie haben sich darin nicht getäuscht. Die vom deutschen Standpunkt aus sehr zu bedauernde nationale Passivität oberschlesischer Zentrumsführer, die sich offen weder als Deutsche noch als Polen, sondern, scheinbar vom Willen getragen, zu einem autonomen Oberschlesien zu gelangen, nur als Katholiken erklären, tat das ihre, um einer scharf einsetzenden nationalpolnischen Agitation keine Schranken zu setzen. Der Leidtragende dabei war das Zentrum selbst. Die Gemeindewahlen vom November haben das bestätigt: das Zentrum verlor Stimmen zugunsten der nationalen Rechtsparteien einerseits und zugunsten der unabhängigen Sozialdemokratie anderseits. Die rege deutschnationale Werbetätigkeit schaffte der Partei neuen Zuwachs. Im Gesamtbild einer deutschen Propaganda für die Abstimmung wirkte dieses Werben nicht immer erfreulich. Es zeitigte Auswüchse ins Monarchistische, Auswüchse, die sich jetzt bei der Besetzung oberschlesischer Städte durch die Verbandstruppen bemerkbar machten und die dem Zweck der großen deutschen Kundgebungen als nationale Willenskundgebungen nicht ganz entsprachen, weil eben eine gewisse Parteischablone mit monarchistischen Konturen zu erkennen war.

Im allgemeinen aber hat die deutsche Propaganda gut aufgeholt und vieles wettgemacht, was sie anfangs versäumt und im Chaos des Juliaufstandes nicht hatte tun können. Die polnische Agitation geht oft ins Maßlose, Unfaire. Polnische Versprechungen, die unschwer als Lügen zu beweisen sind, gehören zum Alltäglichen. Und sind auch in letzter Zeit hier und da von Polen und Deutschen Oberschlesiens gemeinsame Wege beschritten worden, so sind doch immer noch die deutsch-polnischen Gegensätze schroff und äußern sich weit übler, als z. B. die deutsch-dänischen in der Nordmark.

Die polnische Agitatorenfabrik in Warschau, die auch die Wanderredner für Masuren und Ermland liefert, scheint eifrig am Werk, finden sich doch im Oberschlesien täglich neue, für Großpolen werbende Gäste ein, die nur zum Teil Oberschlesier sind und die fürstliche Gehälter beziehen. Selbst das urdeutsche Breslau wird in den Kreis der polnischen Propaganda mit einbezogen. Wie die „Breslauer Zeitung" zu berichten weiß, unterhalten die Polen in einem Lokal der inneren Stadt einen polnischen Volksrat, eine „Rada Ludowa", die seit längerer Zeit die Reisen polnischer Staatsangehöriger von und nach Kongreßpolen vermittelt und die mit dem obersten polnischen Volksrat in Posen in direkter Verbindung steht. Eine umfangreiche Werbetätigkeit für Polen nimmt von dieser Breslauer Stelle, die allerdings wohl die längste Zeit ihre an Hochverrat grenzende Tätigkeit ausgeübt haben dürfte, ihren Ausgang.

War bereits zur Zeit der deutschen militärischen Besatzung die Kriminalität in ganz Oberschlesien eine erschreckend hohe, so ist sie mit dem Abzug der deutschen Truppen noch gestiegen. Raub und Plünderungen gehören zum Alltäglichen. In den letzten Tagen in mehreren Kreisen des Abstimmungsgebietes verübte Raubanfälle auf offener Straße ähneln aufs Haar russisch-bolschewistischen Greueltaten vom Jahre 1917. In der Nähe von Ortschaften wurden Personen besserer Stände beiderlei Geschlechts von Rotten junger Burschen angehalten, zur völligen Entkleidung gezwungen und danach, ungeachtet der Kälte und Witterung, mit Stockschlägen fortgejagt.

Aber auch in andrer Weise ist man, selbst polnischerseits, mit dem Wechsel des militärischen Schutzes nicht zufrieden. Hatten die Städte und Ortschaften, in denen sich deutsche Truppen befanden, in ihrem Lebensmittelbudget deren Anwesenheit kaum bemerkt, so verlangt der Befehlshaber der französischen Truppen in Kattowitz für die Besatzungstruppen die tägliche Belieferung mit Milch und Butter. Da gerade im an landwirtschaftlichen Produkten sehr armen Oberschlesien solch unerhörter Fettmangel herrscht, daß die bisherige Krankenversorgung mit Milch und Butter Schwierigkeiten bereitete, so läßt sich die Wirkung derartiger Anforderungen auf die oberschlesische Bevölkerung wohl denken. Trotz sofortiger Klarstellung der traurigen Verhältnisse und der möglichen Folgen der Fettabgaben für die kranke Bevölkerung wurde französischerseits auf strikte Durchführung der Vorschrift gedrungen. Der deutschen Sache arbeiten solche Maßnahmen nur in die Hand, erfährt doch die polnisch orientierte Einwohnerschaft dadurch einmal am eigenen Leibe die „Wohltaten" eines fremden Regimes.

„Ueberhaupt" — so sagte mir jüngst ein Oberschlesier — „mögen nur ruhig noch ein paar Monate fremder Besetzung Oberschlesiens ins Land gehen ... So schnell wie sich der Oberschlesier verhetzen läßt, so schnell wird er auch wieder nüchtern. Schon dem polnisch-spartakidischen Aufstand im Sommer 1919 folgte eine große Enttäuschung verhetzter irregeführter Arbeiter. Auch der von Warschau und Posen aus mit Hochdruck geförderten großpolnischen Fanatisierung einiger Bezirke wird die große Ernüchterung folgen. Und würden die Heißsporne, die in einem autonomen Oberschlesien ihr Ziel zu finden glauben, einmal einen Blick werfen ins Tschechische oder gar ins Polnische hinein ... allein beim Einblick in das verwahrloste, dahinsiechende Sosnowice würden sie gewahr werden, was von den hochtrabenden polnischen Versprechungen zu halten ist. Sie würden bald dessen bewußt werden, daß sie, die Oberschlesier, den Polen nur das Mittel zum Zweck sein sollen, um sein vollkommen zerrüttetes Wirtschafts- und Verkehrsleben durch Oberschlesiens Reichtum gesund zu machen. Aber diese Erkenntnis bricht sich noch Bahn. Und in ihr liegt dann der deutsche Erfolg. Verstärkt aber wird er durch die Hunderttausende heimattreuer Oberschlesier, die aus dem ganzen Reiche herbeiströmen werden zur Rettung ihrer Heimat. Oberpräsident Philipp schätzte ihre Zahl auf über eine halbe Million. In Kundgebungen, Briefen und Telegrammen haben die deutschen Oberschlesiervereine in Nord und Süd ihrer Heimattreue Ausdruck verliehen. Darum dürfen wir nicht irre werden an tagespolitischen Strömungen. Oberschlesien war deutsch. Es soll und es wird deutsch bleiben und nicht das Schicksal der ersten schleswigschen Zone teilen, liegen doch in Deutschlands Südostecke die Verhältnisse für das Deutschtum bedeutend günstiger. Pessimismus ist darum keineswegs am Platze. Im Gegenteil."

Kundgebung der Heimattreuen

* **Berlin**, 16. Februar. In 22 Versammlungen, die gestern mittag in Berlin und einigen Vororten stattfanden, befaßten sich die heimattreuen Oberschlesier, Westpreußen, Ostpreußen und Schleswig-Holsteiner mit der bevorstehenden Volksabstimmung in ihren Heimatgebieten. Es sprachen Mitglieder des Zentrums, der Mehrheitssozialisten, der Demokratischen und der Deutschnationalen Volkspartei. In allen Versammlungen wurde eine Entschließung angenommen, in der mit tiefem Schmerz der deutschen Brüder und Schwestern gedacht wird, die durch den sogenannten Friedensvertrag unter Fremdherrschaft gekommen sind, und in der gelobt wird, mit aller Kraft dahin zu streben, daß deutsches Land auch Deutschland verbleibt. Alle in dem Abstimmungsgebiet geborenen Frauen und Männer im ganzen Reiche werden aufgerufen, sich bereitzumachen, um an den bevorstehenden Abstimmungen teilzunehmen.

Verfügung über die Kohlen

* **Berlin**, 16. Februar. Wie die „Deutsche Allgem. Zeitung" aus Schlesien hört, wird von der französischen Kommission in Oberschlesien eine Verfügung über die oberschlesischen Kohlen ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse Deutschlands geplant. Eine Bestätigung liegt hier noch nicht vor. Es sei dringend zu wünschen, daß unverzüglich in aller Form festgestellt werden kann, daß diese Nachricht nicht zutrifft, denn wenn der deutschen Produktion die oberschlesische Kohle entzogen werden sollte, hätten alle Bemühungen um eine Steigerung der Produktion im Ruhrgebiet keinen Zweck.

Eine berechtigte Forderung

Berlin, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) **Von einer großen Zahl ostpreußischer Gemeinden, die nach dem Einfall der Russen 1914 zerstört und ausgeplündert wurden, wobei Tausende von Zivilpersonen auf Befehl der feindlichen Offiziere den Tod fanden, sind der Reichsregierung Ersuchen zugegangen, Wiedergutmachung im Wege der Gegenrechnung von den Alliierten einzufordern.**

Eine neue Kaiser-Note an Holland

In der Sonnabendsitzung der Friedenskonferenz wurde das Schreiben an die holländische Regierung über den vormaligen Kaiser endgültig abgeschlossen und von Lloyd George unterzeichnet; es ist nach Holland abgegangen. Der Wortlaut der Note wird veröffentlicht werden.

Die Preßinformation erfährt aus Amsterdam: In gut unterrichteten politischen Kreisen wird versichert, daß Holland die neuen Forderungen der Alliierten wegen der Kaiser-Internierung ebenfalls ablehne. In ihrer Antwort wird sich die niederländische Regierung erneut auf den Boden des internationalen Rechtes stellen, wonach dem geflüchteten Kaiser ein dauerndes Asyl in einem neutralen Lande zuerkannt werden müsse.

Danzig und die Auslieferung

Die Stadtverordnetenversammlung in Danzig richtete ein von den Stadtverordnetenvorstehern sowie den Vorsitzenden sämtlicher Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung unterzeichnetes Schreiben an den englischen Oberkommissar Reginald Tower, in dem darum ersucht wird, daß er dafür eintrete, daß der Danziger Oberbürgermeister Sahm und die übrigen in der Auslieferungsliste etwa genannten Danziger, da sie doch nicht mehr deutsche Reichsangehörige sind und somit auch nicht mehr der deutschen Reichsregierung unterstehen, nicht ausgeliefert werden. Das Auslieferungsverlangen gegen Danzig sei staatsrechtlich unhaltbar und stehe im Widerspruch zu den Artikeln 228 und 105 des Friedensvertrages.

Konstantinopel bleibt den Türken

Wie die Sonderberichterstatter der Pariser Blätter aus London mitteilen, ist zwischen den drei alliierten Ministerpräsidenten beschlossen worden, die Türken in Konstantinopel zu belassen, aber eine europäische Kontrolle über die Meerengen aufzurichten. Die Grenzen der europäischen Türkei sind noch nicht festgelegt worden. Von der asiatischen Türkei habe man noch nicht gesprochen, jedoch bemerkt, daß sie nicht geteilt werden solle.

Rückkehr zur Akkordarbeit

Berlin, 16. Februar. (Eig. Drahtbericht.) **In den Betriebswerkstätten des preußischen Eisenbahndirektionsbezirkes haben die ersten 14 Tage der wiedereingeführten Akkordarbeit eine fast 50prozentige Steigerung der Arbeitsleistung gebracht. Infolgedessen ist die obligatorische Einführung der Akkordarbeit in sämtlichen Betriebswerkstätten Preußens für den 1. April beschlossen worden.**

Eine Reise des Reichskanzlers

Aus Berlin wird gemeldet: Der Reichskanzler fährt in Begleitung des Eisenbahn- und Arbeitsministers sowie des Unterstaatssekretärs Albert in das Ruhrgebiet zu Verhandlungen über die Erhöhung der Kohlenproduktion.

Zu dieser Reise schreibt der Diplomat der „Deutschen Allgemeinen": Es handle sich bei den dortigen Verhandlungen nicht um die Sechsstundenschicht, sondern um verlängerte Arbeitszeit in den Bergwerken. Den deutschen Bergarbeitern werde es gegeben sein, die Grundlage für unsre äußere Politik zu schaffen, nämlich die Verständigung mit Frankreich. Nur durch ihre Arbeit werden die Bergarbeiter den Bestand des Reiches verteidigen, mit ihrer Produktion werden sie einer Verlängerung des Martyriums der Rheinlande vorbeugen.

Der Bericht der Industriespione

☞ **London**, 12. Februar. (Indirekt.) Die englischen Zeitungen veröffentlichen jetzt den verkürzten Bericht einer „Mission, die im Mai und Juni vergangenen Jahres, unter Führung eines Militärs, die chemischen Industrien in Deutschland gründlich studierte, um daraus praktischen Nutzen für die Entwicklung dieser Industrien in England zu gewinnen". Der Bericht liefert den englischen Fachkreisen alle nötigen Aufschlüsse und wird in Flugschriften an alle Interessenten verschickt. Bemerkenswert ist, daß es am Schlusse der technischen Ausführungen heißt: „Das Geheimnis der deutschen chemischen Industrien liegt in der Gewissenhaftigkeit und in einem unermüdlichen Streben nach Neuem. Der deutsche Chemiker ist aus eigener Kraft zu den großen Erfolgen gelangt, die er zu verzeichnen hat. Für die englischen Chemiker möge das ein Vorbild sein. Anzunehmen ist, daß sich die deutsche chemische Industrie in den nächsten Jahren, infolge der inneren Schwierigkeiten, nicht besonders weiterentwickeln wird."

Der einzige Vorzug des Friedensvertrags

☞ **London**, 12. Februar. (Indirekt.) Von dem einflußreichen englischen Publizisten Harrison wird in einem Artikel der „Fortnightly Review" mitgeteilt, daß das Buch des wirtschaftlichen Ratgebers der englischen Regierung auf der Friedenskonferenz, Keynes, über die „Folgen des Versailler Vertrages" geradezu bahnbrechend wirke. In allen Kreisen werde diese vernichtende Kritik des Vertrages gelesen und man habe das Wort geprägt: „Das einzige Glück an diesem Vertrage ist noch, daß er nicht durchgeführt werden kann, selbst wenn man es auch wollte."

Zur Kontinentalpolitik Wilhelms II.

☞ **London**, 12. Februar. (Indirekt.) In der Februarnummer der „Fortnightly Review" erscheint aus dem Nachlasse Alexander Iswolskis, des ehemaligen russischen Ministers des Auswärtigen und Pariser Botschafters, eine persönliche Erinnerung an Wilhelm II. Iswolski teilt mit, daß er Mitte des Jahres 1905 von dem damaligen deutschen Botschafter in Petersburg, Herrn v. Schoen, eingeladen worden sei, sich nach Kopenhagen zu begeben, wo ihn, Iswolski, der Deutsche Kaiser zu sprechen wünsche. Iswolski reiste nach Kopenhagen. Er erfuhr, daß der Kaiser die Unterredung wünsche, weil er vermute, daß Iswolski zum russischen Botschafter in Berlin ernannt werden solle. Wilhelm II. sprach vor Iswolski die Meinung aus, daß es unbedingt nötig sei, einen Kontinentalbund unter Ausschluß Englands zustande zu bringen. Als Iswolski zu bedenken gab, Frankreich werde sich diesem Bunde niemals anschließen, weil es den Verlust von Elsaß-Lothringen nicht verschmerzen könne und auf Wiederherstellung seines Grundgebietes hinstrebe, entgegnete Wilhelm II.: „Diese Frage existiert nicht mehr. Ich habe im marokkanischen Konflikte Frankreich den Handschuh hingeworfen. Es hat ihn nicht aufgehoben. Damit sprach es selbst das Urteil aus, daß es auf den Waffengang endgültig verzichte." Als Iswolski diese Meinung skeptisch beurteilte, soll der Kaiser erklärt haben: „Gut, wenn Frankreich nicht freiwillig in den Bund eintritt, so werden wir es dazu zwingen."

Generalstreik der amerikanischen Eisenbahner

* **Basel**, 16. Februar. Der Pariser „Herald" meldet aus Washington: Es bestätigt sich, daß mehr als zwei Millionen Eisenbahner in den Vereinigten Staaten die Proklamation des Generalstreiks für Dienstag früh beschlossen haben. Die neuen Lohnforderungen der Eisenbahner, die von den Gewerkschaftsführern unterstützt werden, sind von der Regierung bereits abgelehnt worden. Präsident Wilson hat persönlich dem Kriegsminister Anweisung gegeben, aus allen Staaten der Union Truppen bereitzustellen, um im Falle eines Aufruhrs oder bei Sabotageakten eingreifen zu können.

Eine Polizei-Internationale

* **Berlin**, 16. Februar. An den Reichsverband der deutschen Polizeibeamten in Berlin ist aus Amsterdam eine Einladung zu einem internationalen Polizeitag ergangen, der im Laufe dieses Jahres stattfinden soll. Der Verband soll sich darüber äußern, ob er gesonnen ist, daran teilzunehmen. Es soll eine Internationale des Polizeipersonals der ganzen Welt gegründet werden, da die Polizei die Aufgabe hat, an der neuen sozialistischen Gestaltung der Dinge mitzuwirken. Die Einladung wird in der nächsten Vorstandssitzung des Reichsverbandes besprochen werden.

Die neue Note an Deutschland

Die Antwort der Alliierten auf die deutschen Vorschläge in der Auslieferungsfrage ist in Berlin bereits eingetroffen und wird im Laufe des heutigen Tages durch den dortigen englischen Geschäftsträger der deutschen Regierung überreicht werden. In der Antwort wird auf sämtliche Auslieferungen deutscher Staatsangehöriger Verzicht geleistet. Dafür soll sie angeblich wirtschaftliche Kompensationen in größerem Maßstabe verlangen, insbesondere erhöhte Kohlenlieferung. Auf jeden Fall aber gibt die Entente mit der Abänderung des in Frage kommenden Paragraphen des Versailler Vertrages zu, daß dieser Vertrag in seiner bisherigen Form undurchführbar sei. Somit ist auch wohl die Möglichkeit für weitere Verhandlungen gegeben:

Berlin, 16. Februar. (Eig. Drahtbericht.) **Die deutsche Regierung wird die neue Note der Alliierten bereits in den nächsten Tagen beantworten. Die Parteiführer werden morgen vom Reichsminister Hermann Müller empfangen. Auch der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten wird morgen oder übermorgen zusammentreten.**

Berlin, 16. Februar. (Eig. Drahtbericht.) **Sämtlichen auf der Auslieferungsliste stehenden Deutschen werden in diesen Tagen Aufforderungen der Justizbehörde zugehen, sich zu den Beschuldigungen der Auslieferungsliste zu äußern.**

Nach allem, was bis jetzt bekannt wird über die Beschlüsse der Londoner Konferenz, handelt es sich dabei in der Tat um eine

Niederlage Frankreichs

Die italienischen Kommentare, in der letzten Zeit ganz besonders gut unterrichtet und aller Haßpolitik abgeneigt, äußern sich ganz offen darüber:

* **Lugano**, 15. Februar. Die Agentur Stefani meldet, in der Auslieferungsfrage habe Frankreich die erste schwere Niederlage erlitten. Die zweite stehe bevor in der täglich bei allen Teilnehmern wachsenden Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer Revision des Friedensvertrages; die dritte, wenn Frankreich sich nicht in der russischen Frage den englisch-italienischen Anschauungen anschließe, daß der Wiederaufnahme des Handels alsbald die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen folgen müsse; die vierte, falls Frankreich, entgegen den englisch-italienischen Plänen, auf der Zertrümmerung der Türkei bestehe. Aus einer mit französischen Verhältnissen gut vertrauten Quelle wird der Stefani-Korrespondenz versichert, daß Frankreich sich der Gefahr der Isolierung innerhalb seiner Verbündeten so bewußt sei, daß die Rückwirkungen des Londoner Meinungsaustausches nicht nur unausbleiblich, sondern vielleicht schon in nächster Zeit aus eigener französischer Initiative zu erwarten seien.

Wenn man dem Londoner Vertreter des „Matin" glauben darf, will die Entente auch von der Auslieferung der direkten Urheber der Greueltaten und gemeinen Kriegsverbrechen absehen, wenn Deutschland selber diese Schuldigen zur Verantwortung zieht. Damit wäre der Standpunkt der deutschen Regierung, die Schuldigen insgesamt von einer Sonderkammer des Reichsgerichtes in Leipzig aburteilen zu lassen, in vollem Umfange angenommen. Man beachte daneben Meldungen aus Paris, wo man in der Empörung über die Niederlage immer wieder die öffentliche Meinung gegen Deutschland anzuhetzen sucht. So meldet der „Basler Anzeiger" aus Paris: Der nationale Block in der Deputiertenkammer, der über die Mehrheit in der Kammer verfügt, hat einen Antrag an die Regierung eingebracht, der die Aufrechterhaltung der Auslieferung und die Aburteilung der deutschen Kriegsverbrecher verlangt. **Eine Havasdepesche meldete noch am Sonnabend, daß die Vorbereitungen für die Gerichtsverfahren gegen die Deutschen in Paris keine Unterbrechung erfahren.** Und jenseits des Kanals tragen sich die englischen unabhängigen Sozialisten der Richtung Snowden und Macdonald nach dem „Common Sense", mit der Absicht, eine „englische Liste der Kriegsverbrecher" aufzustellen. In einem Flugblatte, das soeben, wie uns ein eigener Bericht aus London meldet, dort verteilt wird, heißt es, Haig, Beatty, Jellicoe seien ebensolche Verbrecher, wie Hindenburg, Ludendorff und Tirpitz. So scheint sich der Gegensatz Paris—London immer stärker auszubilden. Hoffen wir, daß es zum Vorteil Deutschlands ist.

Die geheime Kommunistenkonferenz

Wie „Algemeen Handelsblad" meldet, waren an der in der ersten Hälfte dieses Monats in Amsterdam abgehaltenen geheimen Internationalen Kommunistenkonferenz auch deutsche Mitglieder, u. a. Klara Zetkin, nach Amsterdam gekommen. Miß Sylvia Pankhurst befand sich unter den englischen Delegierten. Der holländische Ingenieur Rutgers vertrat die russische Sowjetregierung. Das auf der Konferenz zustande gekommene Amsterdamer Vollzugsbureau der 3. Internationale untersteht dem Moskauer unmittelbar. Das Berliner Bureau, welches die Deckadresse für die Korrespondenz des niederländischen Bureaus mit der Sowjet-Regierung ist, wird dem Amsterdamer Bureau unterstellt werden.

Festnahme von Kommunistinnen

* **Haag**, 16. Februar. Die zur internationalen Kommunistenkonferenz in Amsterdam erschienene deutsche Kommunistin Klara Zetkin ist in Amersfoort verhaftet worden, ebenso die bekannte englische Frauenrechtlerin Sylvia Pankhurst und eine Schweizerin. Die Genannten werden von den holländischen Behörden ausgewiesen werden. Die Konferenz wurde von der Polizei aufgehoben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200217/1